

**Antrag 45/I/2022**  
**OV Königs-Wusterhausen**  
**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Ablehnung**

**Schienengeführte Nahverkehrsanbindung an U-Bahnlinie U7 von Berlin in das angrenzende Umland Brandenburgs bis zum BER**

1 Die SPD-geführte Landesregie-  
2 rung und die Landesgruppe  
3 Brandenburg in der SPD-  
4 Bundestagsfraktion werden  
5 aufgefordert sich aktiv für eine  
6 schienengeführte Verlängerung  
7 der U-Bahn-Linie U7 vom Stadt-  
8 rand Berlin in das angrenzende  
9 Umland Brandenburgs mit sei-  
10 nen direkt anliegenden Wohn-  
11 und Wirtschaftszentren insbe-  
12 sondere auch für einen über-  
13 regionalen ÖPNV-Knotenpunkt  
14 mit Anschluss an die A113 in  
15 Waltersdorf einzusetzen.  
16 Bund und das Land Berlin ha-  
17 ben bereits entsprechende Pla-  
18 nungen und politische Willens-  
19 bildung vorangetrieben, um bis  
20 2030 dieses länderübergreifende  
21 Projekt zu verwirklichen. Im Land  
22 Brandenburg mit seinen Kom-  
23 munen sind neue Ideen entwi-  
24 ckelt worden (Neo-City, Umland-  
25 verkehre Zürich, etc.), trotzdem  
26 darf dieses Vorhaben an unend-  
27 lichen Erörterungen nicht schei-

Kein Beschluss zu baulichen Einzelmaßnahmen

28 tern.

29

30 **Begründung**

31 Es geht hier nicht nur um eine  
32 weitere Zuwegung zum Flugha-  
33 fen BER – ganz im Gegenteil: die  
34 südliche Region Brandenburgs  
35 hat Zuzug an Mitbürger\*innen  
36 plus aufstrebende Wirtschafts-  
37 betriebe. Schon heute ist die  
38 Infrastruktur für Brandenburger  
39 Pendler\*innen im Verkehr nach  
40 und von Berlin an seiner Kapa-  
41 zitätsgrenze. Selbst ein Ausbau  
42 der vorhandenen Träger Stra-  
43 ße/Schiene wird nicht reichen  
44 die verschiedenen Engpässe  
45 vor Berlin auf Brandenburger  
46 Gemarkung zu beseitigen.

47 Mit einer weiteren schienen-  
48 geführten Verkehrsanbindung  
49 besteht die Chance eines zusätz-  
50 lichen Verkehrsträgers auf dem  
51 Weg von/zur Arbeit in Berlin bzw.  
52 umgekehrt im prosperierenden  
53 Brandenburger Süden zu gene-  
54 rieren. Selbst für Pendler\*innen  
55 aus der Lausitz bestünde die  
56 Möglichkeit über P+R in Wal-  
57 tersdorf bspw. animiert über  
58 verkehrsaktuelle Hinweisschilder  
59 in den umweltverträglicheren  
60 ÖPNV ohne große Zeitverluste  
61 umzusteigen.

62 Dieses Vorhaben kann nicht  
63 aufgrund seiner Einordnung als  
64 ÖPNV-Vorhaben durch die be-  
65 troffenen Landkreise und Kom-  
66 munen alleine bewältigt werden.  
67 Die Millionen-Investitionen trotz  
68 in Aussicht gestellter 70%iger  
69 Co-Finanzierung des Bundes  
70 überfordern die regionalen  
71 Kassen – außerdem reden wir  
72 hier über eine Maßnahme der  
73 Verkehrsverlagerung, von der die  
74 Bürger\*innen des Landes Bran-  
75 denburg in Gänze profitieren.